

Beschluss

des Stadtvorstandes DIE LINKE. Magdeburg vom 02.01.2012

Präzisierung des Beschlusses des Stadtvorstandes zum Mitgliederentscheid über den Vorschlag zur Wahl der Doppelspitze im Parteivorsitz vom 19.12.2011

Beschluss:

Hiermit bestätigen wir, dass der Antrag des Landesverbandes DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern mit dem Wortlaut

„Nach Abwägung der Vor- und Nachteile eines Mitgliederentscheides zur Besetzung der Position der beiden Parteivorsitzenden beschließt der Landesvorstand einen Mitgliederentscheid mit folgender Fragestellung: „N.N. wird dem Parteitag zur Wahl als Parteivorsitzende vorgeschlagen“ zu fordern.“ Der Landesvorstand geht davon aus, dass analog zur Wahlordnung jedes Mitglied maximal zwei Stimmen hat und unter Beachtung der Mindestquotierung höchstens einen männlichen Bewerber ankreuzen darf.“

und der Begründung

„Der Parteivorsitzende Klaus Ernst forderte in seiner Rede auf der Kreisvorsitzendenberatung am 26. Juni 2011 in Hannover folgendes:

„Die Basis soll künftig zu zentralen Personalentscheidungen gefragt werden. Ich bin dafür, dass sich die Kandidatinnen und Kandidaten für den Parteivorsitz künftig einer Urwahl durch die Mitglieder stellen müssen, bevor sie auf dem Parteitag antreten. ... Ich schlage in diesem Zusammenhang vor, dass die Kandidatur gekoppelt wird mit einem jeweiligen politischen Programm der Kandidaten ... Also dass alle vorher wissen, wen man eigentlich vor sich hat und wer eigentlich was will, wenn er kandidiert.“ (Quelle: [http://www.die-linke.de/index.php?id=55&tx_ttnews\[tt_news\]=14958&tx_ttnews\[backPid\]=9&no_cache=1](http://www.die-linke.de/index.php?id=55&tx_ttnews[tt_news]=14958&tx_ttnews[backPid]=9&no_cache=1)) Im Kapitel „V. Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft“ des Beschlusses des Erfurter Parteitages zum Programm der Partei DIE LINKE wird unter der Unterüberschrift „Ein neuer Politikstil“ u.a. ausgeführt:

„Die Potenziale der LINKEN liegen in den Fähigkeiten ihrer Mitglieder, ihrer gesellschaftlichen Verankerung und Lebenserfahrung. Politische Beteiligung und Interesse entstehen durch selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Handeln und demokratische Mitbestimmung bei der Gestaltung und Entwicklung gesellschaftlicher Prozesse. Diese Vision wollen wir auch in der eigenen Partei leben. ... Bei politischen Richtungsentscheidungen muss DIE LINKE in der Partei und unter Beteiligung ihrer außerparlamentarischen Basis diskutieren und in bindenden Mitgliederentscheiden klären, wie sie sich verhält.“

Die Frage des Parteivorsitzes ist eine politische Frage, eine Richtungsentscheidung. Die Parteivorsitzenden sind die erste Adresse für die öffentliche Darstellung der Positionen der

Partei. Die Geschichte der Findung des letzten Parteivorstandes, die derzeit stattfindenden oder geplanten Mitgliederentscheide/Mitgliederbefragungen anderer Parteien ebenso das Auftreten der „Mitmachpartei“ Piraten machen deutlich, dass Mitgliederentscheide/Mitgliederbefragungen zunehmend zum Parteienbild gehören. Die Wahl der Parteivorsitzenden ist dem Parteitag vorbehalten. Insofern kann es sich nur um einen empfehlenden Mitgliederentscheid handeln.

Der empfehlende Mitgliederentscheid muss nicht nach der Wahlordnung der Partei durchgeführt werden, weil die eigentliche Wahl erst auf dem Parteitag stattfindet und jede/r Genosse/in unabhängig von der Beteiligung am empfehlenden Mitgliederentscheid, kandidieren kann.

In der Zeit zwischen Ende der Beteiligungsanzeige von Bewerber/innen und Durchführung des Mitgliederentscheides sollte der Parteivorstand mindestens eine Regionalkonferenz pro 4000 Mitglieder in Zusammenarbeit mit den Landesvorständen organisieren, in denen sich die Bewerber/innen der direkten Diskussion mit interessierten Genoss/innen stellen können.“

auch in unserem Namen gestellt wird und die benannten Vertrauenspersonen, Steffen Bockhahn, Bodo Ramelow und Kay Spieß, auch unsere Vertrauenspersonen sind.

.